

Ifa Cross Culture Synergy Exchange Ukraine-Deutschland

Der Berliner Dachverband für Migrantenorganisationen moveGLOBAL e.V. und der Kiewer Think Tank Cedoss organisierten im Rahmen des vom Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) geförderten Cross Culture Synergy-Programms eine Reihe von Online-Veranstaltungen zum Thema "Stärkung der Partizipation von Vertriebenen und Migranten an kommunalen Entscheidungen zur Nothilfe und Integration". Die Veranstaltungen wurden simultan ins Ukrainische, Deutsche und Englische übersetzt. In zwei Online-Veranstaltungen wurden Referenten von Nichtregierungsorganisationen sowie deutschen und ukrainischen Kommunen eingeladen, sich über bewährte Praktiken, Herausforderungen und Synergien bei der Partizipation auf lokaler Ebene auszutauschen.

Erste Veranstaltung

Partizipative Praktiken in der Nothilfe für Vertriebene in der Ukraine und in Deutschland

Informelle Kommunikationskanäle: Gute Praxis aus dem Bezirk Lichtenberg von Berlin **Zhanna Kramer, Koordinatorin für Gemeinwesenarbeit im Bezirk Lichtenberg von Berlin**

In den ersten Monaten der Ausweitung des russischen Angriffskrieges in der Ukraine flohen viele Ukrainer*innen nach Berlin, das zu einem zentralen Anlaufpunkt wurde. Für einige von ihnen war Berlin das endgültige Ziel, andere blieben nur ein paar Tage oder Wochen und reisten weiter. Es war sehr schwierig, die Menschen über die Dienstleistungen und Angebote des Bezirks zu informieren, da viele Menschen nicht in Unterkünften, sondern in Privathaushalten bei Freund*innen, Familien oder Freiwilligen untergebracht waren. Um sie zu erreichen haben Zhanna Kramer (selbst gebürtige Ukrainerin) und ihr Team im Integrationsbüro Lichtenberg beschlossen, eine Telegram-Gruppe einzurichten, um die Menschen über die verschiedenen Angebote des Bezirks zu informieren und ihnen zu zeigen, wo sie Hilfe oder Informationen erhalten können. Derzeit (September 2023) sind die Ukrainer*innen im Bezirk Lichtenberg die drittgrößte migrantische Community mit rund 5.000 registrierten Menschen.

Nach der ersten Ankunft und Notversorgung verlagerte sich der Schwerpunkt auf die Integration dieser Menschen. Der Bezirk unterstützt sie mit Bildungsangeboten, bei der Suche nach Kindergartenplätzen, Wohnraum und bei der Integration in den Arbeitsmarkt - über Telegram und ukrainische Diasporaorganisationen. Diese informelle Kommunikation und Unterstützung wird von der gesamten Berliner Verwaltung als gute Praxis angesehen und wurde im "Aktionsplan Ukraine in Berlin: Ergänzung des Gesamtkonzepts zur Integration und Teilhabe von Flüchtlingen" erwähnt, der in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft—insbesondere ukrainischen Organisationen— und der Verwaltung der Bezirke sowie der Integrationsbeauftragten des Landes Berlin in der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung erstellt wurde und ein wichtiges

Strategiepapier darstellt. Der Aktionsplan enthält Maßnahmen und Praktiken für die Integration in allen Lebensbereichen von Ukrainer*innen, die nach dem Einmarsch im Februar 2022 gekommen sind.

Leadership and Participation Programm von IsraAID Deutschland e.V.: Gute Praxis für Nothilfe und Integration

Alissa Rentowitsch, Leiterin der Gruppe Führung & Teilhabe, IsraAID Deutschland e.V.

Alissa Rentowitsch ist eine der drei Betreuerinnen des Projekts „Führung und Teilhabe“ der humanitären und sozialen Nichtregierungsorganisation IsraAID Deutschland e.V., die unter anderem in der Ukraine humanitäre Hilfe leistet und dort mit lokalen Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeitet. Gleichzeitig helfen sie bei der sozialen Integration von vertriebenen Menschen aus der Ukraine. Das Programm „Leadership and Participation“ zielt darauf ab, die Menschen, die derzeit als Folge des Krieges nach Deutschland gekommen sind, zu stärken– vor allem durch soziales Engagement und ehrenamtliche Tätigkeiten. Die Teilnahme an eigenen Hilfsaktionen hilft den Teilnehmenden ihre Selbstwirksamkeit wiederzuerlangen, was ein wichtiger erster Schritt zu einer erfolgreichen Integration in einem neuen Land ist. Zu den Hilfsaktionen gehören z. B. Besuche in Pflegeheimen, die Organisation und Verteilung von Lebensmitteln an Obdachlose, Aufräumarbeiten in der Stadt, Hilfe in Gemeinschaftsunterkünften und vieles mehr. Das Programm läuft etwa 6 Monate lang für eine Gruppe von bis zu 15 ukrainischen Flüchtlingen. Jede Gruppe trifft sich einmal pro Woche und plant gemeinsam mit den Betreuer*innen die nächsten Hilfsaktionen. Am Ende des Programms erhalten die Teilnehmer*innen ein Zertifikat.

Mehr über das Projekt finden Sie hier: <https://www.israaid-germany.de/en/ukraine-deutschland>

Die Reaktion von Nichtregierungsorganisationen auf Notlagen in der Ukraine: Die Erfahrungen der Stiftung " Right to Protection" (Recht auf Schutz)

Anastasiia Burau, Advocacy-Koordinatorin, CF " Right to Protection"

Die gemeinnützige Stiftung „Right to Protection“ hilft Binnenvertriebenen seit 2014. Die Ausweitung des russischen Krieges gegen die Ukraine hat jedoch neue Herausforderungen für die Arbeit mit sich gebracht. Die Stiftung versuchte, sich an die tatsächlichen Bedürfnisse der Binnenvertriebenen anzupassen: Sie richtete die Aktivitäten der Stiftung neu aus, verlegte viele Büros in den Westen der Ukraine (weil die Hauptbewegungen der Binnenvertriebenen dorthin gingen) und versuchte die Probleme der Binnenvertriebenen zu erfassen und schnell auf sie zu reagieren. In der ersten Hälfte des Jahres 2022 bestand die Haupttätigkeit der Stiftung darin, Binnenvertriebene mit materieller und humanitärer Hilfe zu versorgen, wie Lebensmitteln, Hygieneartikeln und Haushaltsgegenständen. Dann legten sie den Schwerpunkt auf die Bereitstellung von Ausrüstung, die Verbesserung der Bedingungen in den Unterkünften, die Verbesserung der Integration und die Einrichtung von Luftschutzkellern.

Die größten Herausforderungen bei den Aktivitäten der Stiftung waren die Gewährleistung der Sicherheit sowohl für die Mitarbeiter*innen als auch für die Hilfsbedürftigen, die Anpassung an die Arbeit in für die Stiftung unbekanntenen Regionen, die Entwicklung von Strategien zur Koordinierung der Bedürfnisse der Binnenvertriebenen und der Möglichkeiten zur Unterstützung durch Partner*innen sowie fehlende logistische Wege. Zur Überwindung der Schwierigkeiten waren die folgenden Lösungen und Ansätze für die Stiftung hilfreich: Koordinierung der Projektdurchführung mit den örtlichen



Behörden, Einbeziehung von Freiwilligen und Binnenvertriebenen in die Unterstützungsaktivitäten, Bildung von temporär bestehenden Teams je nach Projektbedarf und die Anwendung verschiedener Methoden zur Überwachung der Bedürfnisse der Binnenvertriebenen.

Während ihrer Arbeit erkannte die Stiftung eine Reihe von Problemen, die die Ansiedlung von Binnenvertriebenen in den neuen Ortschaften erschweren: Wahrnehmung von Binnenvertriebenen als Belastung, Unfähigkeit, schnell auf den Wohnungsbedarf zu reagieren, unterschiedliche Arbeitsmarktangebote und Qualifikationen von Binnenvertriebenen, fehlendes Engagement von älteren Binnenvertriebenen. Die Stiftung hält folgende Schritte für wichtig, um diese Schwierigkeiten zu überwinden: Wandel in der Wahrnehmung von Binnenvertriebenen, Betonung der Fähigkeit zur Teilnahme am Gemeinschaftsleben, Entwicklung zusätzlicher Lösungen in der Wohnungspolitik, Schaffung gemeinsamer Gesprächsplattformen für Binnenvertriebene, Ortsansässige und lokale Behörden.

Die Koordinationszentren: Wie die Gemeindeverwaltung die Binnenvertriebenen unterstützt

Vitalii Antonenko, Leiter der Militärverwaltung des Dorfes Bilokuraknye, Region Luhansk

Das Gebiet der Gemeinde Bilokuraknye wurde, wie viele andere Gemeinden der Region Luhansk, im März 2022 besetzt, und die Bevölkerung war gezwungen, in sicherere Regionen zu fliehen. Um die Vertriebenen zu unterstützen, hat die staatliche Verwaltung der Region Luhansk mit der Einrichtung von Koordinationszentren für die Unterstützung von Binnenvertriebenen in vielen ukrainischen Regionen begonnen. Die Militärverwaltung des Dorfes Bilokuraknye schloss sich diesen Aktivitäten an und gründete das Zentrum in Zhytomyr. Diese Stadt wurde ausgewählt, weil ein großer Teil der Bevölkerung der Gemeinde Bilokuraknye und Vertreter der Gemeindebehörden in die Region Zhytomyr gezogen sind. Die Gründung solcher Zentren erfolgte in Zusammenarbeit mit der regionalen staatlichen Verwaltung, der Militärverwaltung der Region und den aufnehmenden Gemeinden.

Im Koordinationszentrum der Militärverwaltung von Bilokuraknye erhalten Vertriebene aus der Region Luhansk humanitäre Hilfe, soziale und psychologische Unterstützung sowie Rechtsschutz und können an kulturellen Veranstaltungen teilnehmen. Um die Aktivitäten des Zentrums zu unterstützen wurden internationale Organisationen, lokale Behörden, Freiwillige und ukrainische Wohltätigkeitsstiftungen um Hilfe gebeten. An den Aktivitäten und der Koordination des Zentrums sind Bewohner*innen der Gemeinde Bilokuraknye beteiligt, die in die Region Zhytomyr gezogen sind.

Die Gründer*innen des Zentrums führen regelmäßig Umfragen unter den Binnenvertriebenen durch, um die Hilfsprojekte an ihre Bedürfnisse anzupassen und weitere Aktivitäten besser zu planen. Die Verwaltung informiert auch über die Möglichkeiten, Unterstützung zu erhalten, so dass alle Binnenvertriebenen diese Informationen einsehen und Hilfe erhalten können. Es besteht auch eine aktive Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden der Region Zhytomyr insbesondere bei der Entwicklung von Lösungen zur Versorgung der Binnenvertriebenen mit Wohnraum und der Suche nach Beschäftigungsmöglichkeiten.

Zweite Veranstaltung

Langfristige Strategien wie die Beteiligung von Vertriebenen gelingen kann

Berlins Integrations- und Migrationspolitik: Partizipation von Geflüchteten aus der Ukraine Julia Portnowa, Referentin für Partizipation im Büro der Berliner Beauftragten für Integration und Migration in der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Diversity und Antidiskriminierung

Die Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration und ihr Referat befassen sich ressortübergreifend mit Fragen der Partizipation und Integration in Berlin. Katarina Niewiedzial ist seit Mai 2019 die Berliner Senatsbeauftragte für Integration und Migration. Ihre Aufgabe besteht darin die Migrations- und Integrationspolitik des Berliner Senats zu gestalten und sich mit anderen Verwaltungen im Land Berlin abzustimmen. Integration ist eine Querschnittsaufgabe, d.h. alle Politikbereiche und damit alle Senatsverwaltungen tragen gleichermaßen Verantwortung für diesen Bereich. Die Beauftragte ist jedoch für die Steuerung der gesamten Berliner Integrationspolitik verantwortlich.

Generell versucht Das Referat der Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration den Begriff "Integration" zu überwinden, der oft mit Assimilation assoziiert wird und eher negativ konnotiert ist. Stattdessen verwenden sie den Begriff Partizipation. Sie streben einen partizipatorischen Ansatz an, um in Zusammenarbeit mit Migrant*innenvertreter*innen und Migrant*innenorganisationen Maßnahmen zu entwickeln, wie sie im Partizipationsgesetz (PartMigG) festgelegt sind. Zu den Zielen des Partizipationsgesetzes gehören die Verbesserung der Sichtbarkeit und Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte in der Verwaltung und die Stärkung ihrer politischen Beteiligung. Generell setzt sich das Referat für die Verwendung von inklusiveren Begriffen wie Migrationsgeschichte anstelle von „Migrant*innen“ oder „Migrationshintergrund“ ein. Der Begriff Migrationsgeschichte bedeutet, dass Menschen eine weitgehende Migrationsgeschichte haben oder in Deutschland geboren sein können, aber dennoch Diskriminierungs- oder Ausgrenzungserfahrungen aufgrund ihrer Hautfarbe oder ihres Aussehens machen.

In Zusammenarbeit mit ukrainischen Diaspora- und Flüchtlingsorganisationen wollen die Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration und ihr Referat politische Maßnahmen und Regelungen entwickeln, die gezielt auf die Bedürfnisse ukrainischer Geflüchteter ausgerichtet sind. Die Ukrainer*innen, die seit der Ausweitung des russischen Angriffskrieges aus der Ukraine geflohen sind, stehen vor verschiedenen Herausforderungen, wie z.B. die Suche nach Wohnraum, dem Zugang zu Bildung und der Integration in den Arbeitsmarkt. In all diesen Bereichen versucht das Referat Ukrainer*innen zu unterstützen und diese Herausforderungen auch in anderen Abteilungen des Berliner Senats anzugehen. Ein Eckpfeiler der Berliner Integrations- und Partizipationspolitik gegenüber Geflüchteten aus der Ukraine ist der bereits erwähnte "Aktionsplan Ukraine", der alle Aspekte des täglichen Lebens umfasst und in intensiver Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und insbesondere mit ukrainischen NGOs entwickelt wurde. Ein weiteres zentrales Instrument ist die Projektförderung für Organisationen, die den Partizipations- und Integrationsprozess von Ukrainer*innen in Berlin unterstützen. Dazu hat die Abteilung den Fond "Mij Berlin" eingerichtet. Um eine direkte und aktive politische und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte zu ermöglichen hat Berlin im Jahr 2021 auch sein Partizipationsgesetz reformiert. Die wichtigsten Bereiche, die durch das Partizipationsgesetz abgedeckt werden, sind auf der Website der Beauftragten in verschiedenen Sprachen zu finden: <https://www.berlin.de/lb/intmig/themen/partizipation-in-der-migrationsgesellschaft/#Materialien>



Herausforderungen und Chancen der Partizipation aus Sicht der Allianz ukrainischer Organisationen in Deutschland

Nataliya Pryhornytska, Mitbegründerin der Allianz ukrainischer Organisationen

Die Allianz ukrainischer Organisationen ist ein Zusammenschluss von ukrainischen zivilgesellschaftlichen Diaspora- und Nichtregierungsorganisationen. Sie wurde nach der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 gegründet. Als Bündnis will sie gegenüber deutschen Politiker*innen und Entscheidungsträger*innen mit einer Stimme sprechen, um wirkliche Beteiligung von Ukrainer*innen an der Politikgestaltung in Bereichen zu gewährleisten, die sie direkt betreffen. Dem Bündnis gehören 15 Mitgliedsorganisationen an, die sich aktiv in der humanitären Hilfe, der Jugendförderung, der politischen und Advocacy-Arbeit sowie in der Arbeit mit Geflüchteten engagieren. Alle Mitglieder des Bündnisses arbeiten ehrenamtlich. Dies bedeutet, dass es oft schwierig ist nachhaltige Strukturen zu schaffen und verschiedene Aktivitäten zu finanzieren, die durch zeitlich begrenzte Projekte gefördert werden. Die Allianz ist auch Mitglied des Berliner Landesbeirats für Partizipation, der eine Struktur für den ständigen Austausch mit dem Berliner Senat zu Fragen der Partizipation und Integration von Migranten schafft.

Nataliya Pryhornytska, Mitbegründerin der Allianz ukrainischer Organisationen

betonte auch, dass sie sich in verschiedenen Netzwerken und Kommunikationskanälen mit politischen Entscheidungsträger*innen für die Beteiligung auch von Menschen einsetzt, die nach dem Sieg der Ukraine wieder in die Ukraine zurückkehren möchten. Sie hält es für wichtig, Menschen, die vielleicht nur vorübergehend in Deutschland leben, die Möglichkeit zu geben, ihr Leben in Deutschland zu gestalten und sich gegenüber deutschen politischen Vertreter*innen für ihr Heimatland einzusetzen. Über die Berliner Ebene hinaus berät Allianz auch Bundesministerien und setzt sich für Menschen ein, die während des russischen Angriffskrieges in der Ukraine geblieben sind. So waren sie beispielsweise an der Entwicklung der Plattform für den Wiederaufbau der Ukraine beteiligt, einem umfangreichen Projekt der Bundesregierung zur Zusammenarbeit verschiedener Akteur*innen aus der Ukraine und Deutschland im Wiederaufbauprozess. Weitere Informationen finden Sie auf der Website von Allianz: <https://ukr-alliance.de/en/>

IDP-Räte in der Ukraine: Wie man die Stimme der IDPs stärkt und den Dialog mit der lokalen Gesellschaft aufbaut

Valeriia Vershinina, Direktorin für Rechtsfragen, CF "SSS"

SSS unterstützt Binnenvertriebene bereits seit 2014, dem Beginn des russischen Einmarsches in die Ukraine. Diese Erfahrung hat geholfen, auf den starken Anstieg der Zahl der Binnenvertriebenen im Jahr 2022 schnell zu reagieren, auch wenn sich viele neue Herausforderungen ergeben haben. SSS arbeitete bereits vor der Ausweitung des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine an der Schaffung eines Konzepts für einen IDP-Rat. Das Hauptziel dieser Räte besteht darin, Binnenvertriebene in das Gemeinschaftsleben und in die Entwicklung von Integrationsmaßnahmen einzubeziehen. Die Räte nehmen auch eine Reihe anderer Aufgaben wahr: 1) Sie versuchen einen Dialog zwischen den Binnenvertriebenen und anderen gesellschaftlichen Gruppen aufzubauen, um Konflikte und die Verbreitung von Stereotypen zu vermeiden. 2) Sie arbeiten daran das Bewusstsein für die Rechte der Binnenvertriebenen zu stärken. 3) Sie fördern die persönliche und berufliche Entwicklung der Ratsmitglieder.

Es gibt drei Möglichkeiten sich an den Aktivitäten des IDP-Rates zu beteiligen, je nach der Situation in der Gemeinde:



1. Man kann eine Beitrittserklärung schreiben, wenn die Rekrutierung von Mitgliedern noch nicht abgeschlossen ist
- 2) Es gibt die Möglichkeit sich mit aktiven Binnenvertriebenen zusammenzuschließen, um einen Rat zu gründen, wenn dieser in der Kommune noch nicht eingerichtet wurde.
- 3) Wenn die Mitgliedersuche für einen Rat bereits abgeschlossen ist, kann man dem IDP-Rat als Expert*in oder Gast beitreten.

Die Aktivitäten der IDP-Räte werden durch den Beschluss des Ministerkabinetts der Ukraine Nr. 812 vom 4. August 2023 koordiniert. Die Vorschriften über die Tätigkeit der Räte und ihre Befugnisse werden jedoch derzeit noch verfeinert. Es werden verschiedene Dialogplattformen organisiert, um die besten Lösungen für die Strategien der Aktivitäten der Räte zu entwickeln. Der SSS fördert auch die Interaktion zwischen den IDP-Räten der verschiedenen Gemeinschaften, den Erfahrungsaustausch zwischen ihnen, Schulungen zur Beschaffung von Förderung und die strategische Planung von Aktivitäten.

Die Erfahrungen bei der Gründung des IDP-Rats in Saporischschja, Ukraine Anastasiya Perepelytsia, Mitglied des IDP-Rats von Saporischschja

Der Rat der Binnenflüchtlinge unter der Leitung des Bürgermeisters von Saporischschja wurde im Jahr 2019 gegründet. Die Initiatoren waren vertriebene Frauen, die in der Stadt lebten. Zu diesem Zeitpunkt schien es, dass alle humanitären Bedürfnisse erfüllt waren und die Menschen sich an das Leben an einem neuen Ort gewöhnt hatten. Allerdings wurden nur die Grundbedürfnisse befriedigt, für die Wohnungsnot hingegen gab es keine langfristigen Lösungen und es gab auch Probleme mit dem Wahlrecht. Der erste Schritt der Tätigkeit des IDP-Rats war eine Prüfung der lokalen Programme auf die Verfügbarkeit staatlicher Dienstleistungen für Binnenvertriebene. Einige Programme standen den Binnenvertriebenen nicht zur Verfügung, weil sie sich nicht ummelden konnten. Es wurden auch Aktivitäten zur Schaffung neuer Mechanismen für die Bereitstellung von Wohnraum eingeleitet und Fragen der Wahrnehmung des Wahlrechts aufgeworfen. Im ersten Jahr nach dem russischen Großangriff auf die Ukraine war der Rat hauptsächlich mit humanitärer Hilfe beschäftigt. Darüber hinaus war es notwendig die Zusammensetzung und den inhaltlichen Fokus auf die neue Situation anzupassen, da neue Binnenvertriebene hinzukamen, die andere Hintergründe und Bedürfnisse hatten.

Tipps für die Gründung eines effektiven IDP-Rats auf der Grundlage der Erfahrungen des IDP-Rats in Saporischschja:

- 1) Haben Sie eine Idee oder einen konkreten Anlass einen IDP- Rat zu gründen? Dann können Sie aktiv mit den lokalen Behörden und der Gemeinde zusammenarbeiten, um einen in Ihrer Region zu etablieren.
- 2) Planen Sie Ihre Aktivitäten und machen Sie konkrete Vorschläge, begründen Sie Ihre Vorschläge mit Fakten und Analysen.
- 3) Achten Sie auf ein ausgewogenes Verhältnis von Geschlecht und Alter. Beziehen Sie Menschen mit Behinderungen mit ein. Dies ist notwendig, um sicherzustellen, dass die Interessen aller gesellschaftlicher Gruppen vertreten werden.
- 4) Stärken Sie Ihre Kompetenzen durch Schulungen und Erfahrungsaustausch.
- 5) Verstehen Sie, dass Integration ein gegenseitiger Prozess ist. Deshalb ist die Interaktion beider Parteien—der Binnenvertriebenen und der Aufnahmegemeinschaft—erforderlich. Es ist auch wichtig sich darüber im Klaren zu sein, dass nicht nur die Binnenvertriebenen Probleme haben, sondern auch die Kommune vor Herausforderungen steht, besondere durch den plötzlichen Bevölkerungszuwachs.